

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen sind die Postgebühren zu zahlen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostpreußen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für Monat frei Haus 2 RM (halbjährlich 11 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Anstellungsgeld) / Verlag: Dresden-Verlagsanstalt m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle: u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernruf: Sammelnummer 17 259 / Postfach Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel-Str. 11 / Dresden-2, Unterbahnhofsstr. 2 / Fernruf: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Geschäftsstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Donnerstag, den 17. Mai 1927 Nummer 110

Krebsgang der Linken

R. R. „Das erlösende Wort“ ruft Böchel, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, gestern in der Parteivorbes hat erklärt, daß die „Opposition“ die neue Kampfphase der SPD sei. Opposition, bestimmt nicht den Kampf gegen die Reaktion mit aller Entschiedenheit zu führen, sondern Opposition an, um die Arbeiter bei der Stunde zu halten. Die von allen Ecken und Enden an den Parteitag geschickten Herabsetzungen nach einer Oppositionsstellung sind die Veranlassung zu Pöbels Erklärung. Die Koalitionsneigung bleibt das überwiegende Moment bei der SPD-Führerschaft. Der Bürgerbund hat die SPD-Führer aus der Koalition herausgeworfen. Die SPD-Arbeiter erkennen den Vortritt der Reaktion, sie fühlen den Druck in den Parteien, sie empfinden, daß ihr bisheriges Verhalten unrichtig war. Die SPD-Arbeiter erkennen, daß eine andere Taktik eingeschlagen werden muß. Noch ist die SPD-Arbeiterchaft sich unklar über das Wesen des Kampfes. Noch leben die SPD-Arbeiter in Illusionen, diese Republik ohne vollständige Erledigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung umzusetzen zu können. Pöbel hält diese Illusionen selbstverständlich im vollen Maße aufrecht. Er lehnt ausdrücklich jede Diskussion zur Klärung ab. In den Ausführungen Pöbels gegen die „Linken“ schreibt Böchel, das sei eine Kamelienangelegenheit, die niemanden etwas angehe. Es gelte, daß die „Linken“ eine gemeinsame Front mit den Rechten bilden. Damit kennzeichnet Böchel am besten den Geist der linken Phrasen; sie wollen keine Auseinandersetzung mit dem Wesen und Wesenheiten, sie sind bereit, mit ihnen zusammen für die weitere Zerschlagung der Arbeiterparteien zu können. Pöbel macht deswegen auch nur eine lehrer-gewandte Kritik. Was er jedoch dabei feilscht, ist immerhin interessant genug, es zu unterstreichen. Die Kritik erfolgt zu dem Zweck, um bei dem Weitertreten, das sich zwischen „Linken“ und „Rechten“ beginnen soll nicht unter den Schlitzen zu kommen. Pöbel will betonen, daß die „Linken“ die Vorhand hatten, sie haben darauf hingewiesen, daß die Rechten sich ergeben werden; „Große Koalition als weitere Schwächung der Partei — Demission und endgültiger Ausschluss der Sozialdemokratie aus der Regierung — Bürgerbund-Krise mit laitem Reichismus“.

„Denn müssen wir in die Opposition, ob wir wollen oder nicht, der Gegner diktiert uns die Namen des Kampfes.“ Mit diesen Worten greift Böchel den vollständigen Pantoffel der SPD-Politik ein. Nicht aus eigenem Willen, unter dem Druck der Gegner besteht die SPD die Oppositionsstellung. Man habe den großen Fehler gemacht, die Cuno-Regierung zu unterstützen. Man habe den bürgerlichen Mittelparteien zu sehr getraut. Deshalb sei man auch zu leicht erwidert. Das sind die geläufigen Feststellungen die Böchel macht. Doch gleich bietet er wieder die Freundeshand an die Rechten an er erklärt, nicht länger darüber zu streiten, wer recht gehabt, die „Rechten“ oder die „Linken“.

Welchen Schluss zieht nun Böchel aus all dem, was er anführt? Man höre:

„Das ist der große tragische Sinn der Geschichte, daß man zurück muß bis zu dem Punkt, wo man zum ersten Male falsch gegangen ist, wenn man den richtigen Weg finden will. Wir müssen in der Stellung unserer Aufgaben zurück bis zu dem Punkt, wo wir vor Jahren seinen Ministern zurückweichen durften: Demokratisierung der Armee, Demokratisierung des Staatsapparates, Demokratisierung der Richter. Das ist notwendig die eigene Normel, die an der Spitze unseres Machtwortens steht. Um das zu erreichen müssen wir in anderer Taktik zurück bis zu dem Punkt, wo wir hätten Opposition machen und die Volksmassen zum Kampf um ihre Rechte hätten aufrufen müssen.“

Man muß zurück, das ist die „Lehre“, die Böchel aus der Vergangenheit zieht. Wohin zurück? Wo ist man zum ersten Male falsch gegangen? Im August 1914, oder schon vorher, als man die Generalstreikdiskussion abwürgte, oder bei der Unterstützung der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht? Oder beim Abschlagen der Arbeiter durch Koste? Oder beim Verlangen gegenüber dem Reichwehremarsch in Sachfen? Böchel vermeidet es, diese, die Massenbewegung der Arbeiter berührenden und die Massenbewegung neu aufrollenden Fragen auch nur zu berühren. Der Abwehrkampf der Arbeiter kann sich nur in der Form gewaltiger und wuchtiger außerparlamentarischer Kundgebungen vollziehen. Böchel aber bleibt hübsch im Rahmen der parlamentarischen Wanders um oder gegen Koalition. Seine Forderung der Demokratisierungen ist auf die Plattform der „Opposition“ in den Parlamenten abgestellt. Er bezieht die kapitalistische Republik und läßt den Arbeitern erneut die Illusion ein, daß innerhalb dieser Republik eine Erreichung obiger Ziele möglich sei. Der gesamte Unterschied zwischen Böchel und dem Parteivorstand kennzeichnet sich darin, daß jener die freiwillige Opposition mit Rücksicht auf die Arbeiter, dieser die gezwungene „Opposition“ unternimmt.

Noch härter aber zeigt sich in folgendem Absatz die Tatsache, daß Böchel absolut nicht um die konkreten Aufgaben kämpfen will.

„Daß man bei diesem Ringen um die politische Macht die sozialen Ziele immer wieder weithin sichtbar aufstellt und durch konkrete Forderungen die Stellung der bürgerlichen Parteien in dem proletarischen Teil ihrer Anhänger, besonders bei den christlichen Arbeitern, untergründet und die eigene Bewegung dadurch härt, ist eine Selbstverständlichkeit. Welche politische Zukunftspartei ist je auf anderem Weg zur Macht gelangt?“

Mit diesem Absatz unterstreicht Böchel ausdrücklich, daß er unter dem Kampf um die politische Macht die parlamentarische Weichei, also parlamentarische Auseinandersetzungen steht. Die sozialen Ziele will er weithin sichtbar „aufstellen“. Sie sollen also nur den propagandistischen Rahmen zu der Eroberung von Parlamentssitzen, und darüber hinaus Regierungsstellen, abgeben. Diese unbedingte Trennung der politischen von den sozialen Fragen zeigt nur den Kreislauf, in dem sich die „Linken“ befinden. Keine Ablehnung des Reformismus, sondern Verflechtung, der reformistischen Taktik mit radikaleren Gekten. Der Reformismus wird fortgesetzt. Das ist der Sinn des Böchel-artikels. Damit soll die sozialistische Republik zu seinem Instrument der Demokratie“ umgestaltet werden.

Das ist der offene und klarte Reformismus und Opportunismus, Böchel freut sich nur, daß er diese reformistische Politik in Zukunft in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand machen dürfte.

Einer der „Linken“, einer der Prominenten aus dieser Gruppe, hat die Feder ergriffen und gezeigt, welche Politik sie in der SPD wollen. Es wird bekämpft, was die Kommunisten dauernd nachwieseln, die Böchel und Genossen sind Fleisch vom Fleische der Weis. Ihre Kritik geht nicht auf die Taktik. Wehr radikale Töne, nicht mehr Kampf, vor allen Dingen keine sozialen Kämpfe, keine Streikbewegung. Die Streikbewegungen sind aber verknüpft mit dem politischen Machtkampf, die letzten Tatsachen beweisen das. Polizei gegen die Brigadierer Strafverfolgung wegen Aufforderung den Achtstundentag einzuführen. Die sozialen Fragen, das sind jetzt die Fragen des politischen Machtkampfes. In der Entwiklung zum letzten Faschismus werden sie es von Tag zu Tag mehr. Böchel erhebt diese Fragen aber zu „weithin sichtbaren Zielen“, Er stellt sie in unerreichtbare Weiten.

Die SPD geht in Opposition, aber diese Oppositionsstellung, die deswegen bezogen wird, um die Arbeiter zu halten, wird nur zur schnelleren Zerschlagung auch der „Linken“ führen. Die sich verhörenden Klassengehensätze gestalten keine leeren Phrasen. Die Arbeiter, die von den Rechten furiert sind, werden von ihren Illusionen zu den „Linken“ auch geteilt werden. Den Bruch zu beschleunigen, um der Arbeiterchaft weitere nutzlose Opfer zu sparen, das wird eine unerlerter ersten Aufgaben mit bleiben.

Das Programm der Arbeiterklasse

Neben des Genossen Lepje vom Metallarbeiterverband

Als die Sowjetunion nach Beilegung des Konfliktes mit der Schweizer Regierung wegen der Ermordung Wozzeck die Teilnahme an der Weltwirtschaftskonferenz in Genf bekräftigt erklärte, die gesamte sozialdemokratische Welt im Echo mit der bürgerlichen Journalistik, „Sowjetunionen Weg nach Genf bedeutet Abkehr von der bisherigen bolschewistischen Politik“, brach in dieser Schwindel, mit dem die SPD-Politik die Arbeiter irrezuführen gedachte, zerbrach. Sowjetunion hat auch in Genf seinen Weg des proletarischen Klassenkampfes seinen Kurs nicht verlassen. Nach der von uns wiedererlebten Rede Solonikows der den unaufrichtigen Kämpfen des Sozialismus in Sowjetunion und die entscheidende geschichtliche Tatsache der Genesung, das Vorhandensein einer proletarischen Staats- und Wirtschaftsmacht auf einem Schwellen der Erde umringt hat. Genosse Dillenkopf die Widersprüche zwischen der aufkeimenden Welt des Sozialismus und der niederhergehenden Umwelt des kapitalistischen Systems unüberwindlich aufweist. In der Darstellung der Industriekommission hat nunmehr der Genosse Lepje in einer Rede, die wir nachstehend wiedergeben, den Arbeiter-Klassenkampf zur Durchsetzung der Arbeiterforderungen dargestellt.

Genosse Lepje führte aus:
Die bisherigen Redner bemühten sich möglichst das Kind nicht beim Namen zu nennen. Sie wollten nicht eingehen, noch eine kritische Kritik des Kapitalismus befehlen. Für mich aber als revolutionären Gewerkschaftsaktivisten ist eben diese Tatsache von außerordentlicher Wichtigkeit, weil die ganze Welt der Klasse auf die Arbeiterklasse abgesehen wird. Alles ist einer Meinung darüber, daß die verminderte Kaufkraft der Massen an der Krise schuld sei, das heißt aber mit klaren Worten, daß eine Massenarbeitslosigkeit und ein Klassenkampf besteht. Da über die Hälfte der Bevölkerung der Industrielande Lohnarbeiter sind, würde es wohl selbstverständlich, daß die Frage der Lohnerhöhung um Anzeichen der Erhebung der Arbeiterklasse gestellt wird. Ebenso muß die Frage der Arbeitslosigkeit gestellt werden, da sich nach Angaben des Völkerverbandes über 20 Millionen Menschen in Europa unter der Arbeitslosigkeit leiden, d. h. mehr als die Gesamtbevölkerung von London, Paris, Berlin und Brüssel zusammengekommen. Fischer ist aber meinetwegen in den Memoranden noch in den Reden über Vorhänden auf dieser Konferenz auch nur anbestimmte Weise von dieser Sache gesprochen worden. Im Gegenteil, man fordert von den Arbeitern neue Opfer, man ermahnt die Arbeiter zur Geduld, man ermahnt sie zur Mitarbeit an der Herausführung des Kapitalismus aus der Notlage. Der Vertreter der französischen Kapitalistenklasse hat hier gefordert, daß die Arbeiterklasse auf den Klassenkampf, auf die Verteidigung ihrer Interessen verzichten der Kapitalisten.

Entscheidungsschritt in China

London, 11. Mai. (Telefun.) Nach den neuesten Berichten aus Schanghai ist in der Provinz Honan zwischen den Nord- und Südruppen eine Entscheidungsschlacht im Gange.

Der Klassenkampf ausnewiefert

Aufhebung der Immunität französischer kommunistischer Abgeordneter

Paris, 12. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern fand in der Kammer der Antrag der Regierung über Aufhebung der Immunität der kommunistischen Abgeordneten Doriot, Tuelou, Martin, Ciemans und Cachin zur Debatte. Der kommunistische Antrag, die Auslieferung der Abgeordneten an die Klassenjustiz abzulehnen, wurde mit 354 gegen 151 Stimmen abgelehnt, ebenso ein Verlegungsantrag. Die Kammer beschloß darauf, den Regierungsantrag dem Immunitätsausschuß zu überweisen, was einer Aufhebung der Immunität gleichkommt. Sämtliche kommunistischen Abgeordneten erließen in der Summe eine Erklärung, in der sie sich mit den kommunistischen Abgeordneten, gegen die die Aufhebung der Immunität wegen Aufregung von Militärpersonen zum Ungehorsam beantragt worden ist, solidarisch erklären. Die Erklärung schließt mit den Worten: „Französische Soldaten und Matrosen! Verbrüderet euch mit den chinesischen Revolutionären!“

der Sowjetunion auf der Weltwirtschaftskonferenz.

berichtet. Während diese Konferenz die Arbeiterklasse zur Selbstbestimmung zur Klassenharmonie zu überreden versucht, indem sie ihr das ideale Bild eines Wirtschaftsfriedens ausmalte, wird in Wirklichkeit auf die Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern ein verstärkter wirtschaftlicher und politischer Druck ausgeübt. Ich will nur an einige Tatsachen erinnern. Seit der Washingtoner Konferenz sind nunmehr acht Jahre verstrichen. Aber die Konvention über den Achtstundentag ist noch nicht ratifiziert. Im Gegenteil ist der Achtstundentag in den meisten kapitalistischen Ländern durch Regierungsverordnungen, Ausperrungen und andere Maßnahmen der Unterdrückung beseitigt worden. In Italien befehl der Ausrückungstag. In Deutschland arbeiten bestimmte Kategorien der Braunkohlenarbeiter 8 1/2 Stunden. In England wurden die Bergarbeiter durch den Hunger gezwungen, statt sechs Stunden unter Tage leben bis acht Stunden zu arbeiten, während gleichzeitig auch noch ihr Lohn gekürzt wurde und die Arbeitslosigkeit die über eine Million beträgt, anstiegen war. Die kapitalistische Politik kann nur zur weiteren Herabsetzung der Kaufkraft der Massen führen.

Um diese Maßnahmen gegen die Arbeiter durchzuführen, wurden die Gewerkschaftsrechte in verschiedenen kapitalistischen Ländern eingeschränkt, so völlig aufgehoben. Ich erinnere nur an das Beispiel Bulgariens, Rumaniens und Italiens. Die belgische Regierung hat durch die Gewerkschaftsgesetz die gewerkschaftlichen Rechte und das Streikrecht eingeschränkt. Im norwegischen Parlament wurde ein Zwangsarbeitsgesetz eingebracht das ebenfalls das Streikrecht beschränkt. In Hamburg und Leipzig haben deutsche Gerichte die von den Gewerkschaften proklamierten Streiks in der Textilindustrie verboten. Das sind Tatsachen und diese Tatsachen, meine Herren, sind hart. Das sind keine ideologischen Gespräche über den Wirtschaftsfrieden, über die Klassenharmonie. Nichts dergleichen folgt aus diesen Tatsachen.

Hier wird auch die Frage der Nationalisierung angeknüpft. Aber was bedeutet jetzt die kapitalistische Nationalisierung für die Arbeiterklasse? Das ist nur eine erhöhte Ausbeutung, Herabsetzung des Anteils der Arbeiterchaft an den Produkten, Herabsetzung der Arbeitslosigkeit. Deshalb sind die Arbeiter verpflichtet, gegenüber der kapitalistischen Nationalisierung auf der Hut zu sein und ihr gegenüber Lohnforderungen und Herabsetzung der Arbeitszeit bis auf sechs Stunden zu fordern.

Hier soll die Frage der internationalen Kartelle ebenfalls diskutiert werden. Diese Kartellierungen führen aber unbedingt unter allen Umständen zu Preiserhöhungen. Ich erkläre in der Kartellierung eine Form des monopolistischen Kapitalismus, mit allen seinen gefährlichen sozialen und politischen Auswirkungen, die ihn charakterisieren. Durch diese Kartelle führt das Unternehmertum keine Offenheit gegen die Weltwirtschaft.

Was ist also zu tun angesichts dieser Kräfte und dieser Tatsachen? Der einzige Ausweg, den ich sehe, ist die Nationalisierung der hauptsächlichsten Zweige der Industrie. Nur auf diesem Wege könnte die europäische Industrie im Interesse der Massen der Bevölkerung wirklich entwickelt werden. Als unerkennlich betrachten wir die folgenden Maßnahmen:

1. Wiederherstellung des achtstündigen Normalarbeitstages und des Sechsstundentages unter Tage, bei Schwerarbeitern und bei gesundheitsgefährlichen Arbeiten.
2. Erhöhung der Löhne auf der ganzen Linie.
3. Eine beratende Staatsverwaltung der Arbeitslosen, aus der Erwerbslose mindestens die Hälfte des Lohnes eines qualifizierten Arbeiters erhalten.
4. Sicherung der vollen Freiheit der Gewerkschaftsbewegung und des Streikrechts.

Auf andere Weise kann der Abwärtstrend, kann die Kaufkraft der Massen nicht gehoben werden, also auch die Krise nicht gemildert werden.

Ich spreche hier als einziger Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsbewegung auf dieser Konferenz und unterscheide mich von Touhaux und seinen Kollegen darin, daß sie das kapitalistische System prinzipiell anerkennen und die Unternehmer dazu überreden wollen, Lohnerhöhungen und die Unterweil diese Lohnerhöhung im Interesse des kapitalistischen Systems zur Milderung der Krise führen würde. Wir dagegen sind der Auffassung, daß kein Unternehmer freiwillig den Lohn erhöht, um die Kaufkraft der Massen zu heben. Dazu werden die Unternehmer weder von bürgerlichen noch von sozialdemokratischen Wirtschaftstheoretikern überredet werden können.